

Bericht an den Gemeinderat

BearbeiterIn: Mag. Evelyn Fasch

BerichterstellerIn:.....

GZ:023515/2013/0001

Graz, 16. Mai 2013

Einrichtung „Abteilung für Bildung und Integration“

Die Bereiche Bildung und Integration sind in den unterschiedlichen Einheiten des Magistrates Graz historisch gewachsen. Entsprechend den politischen Vorgaben soll hier eine erste Bündelung erfolgen.

Einem umfassenden Verständnis kommunaler Bildungspolitik kann hinsichtlich der politischen Steuerung recht gut, organisatorisch aber nur bedingt entsprochen werden, können doch alle bildungsrelevanten Aufgaben unmöglich von einer Organisationseinheit wahrgenommen werden. Sinnvoll ist jedoch die organisatorische Zusammenführung zumindest der für die Bildung im engeren Sinne mit dem Schwerpunkt „Ausbildung“ verantwortlichen Abteilungen bzw. Referate zumindest im Bereich der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen. Die Schnittstellen zu den übrigen für den kommunalen Bildungsbereich bedeutsamen Handlungsfeldern wären sodann nach einer gemeinsamen bildungspolitischen Gesamtstrategie zu gestalten.

Im Rahmen eines Projekts der Magistratsdirektion-Reform wurden die erforderlichen Umsetzungsschritte und Organisationsänderungen unter Einbeziehung der Betroffenen vorbereitet. Das Ergebnis kann dem Gemeinderat nunmehr zur Beschlussfassung vorgelegt werden:

Zusammenführung des Stadtschulamtes, des Bereichs Kinderbildung und –betreuung des Amtes für Jugend und Familie sowie des Integrationsreferats der Magistratsdirektion zur Abteilung für Bildung und Integration mit Wirksamkeit 1.Juni 2013.

Projektleiter: DI Günter Fürntratt/Mag. Silke Kokalj

Dienstpostenplan: In den Dienstpostenplan der Abteilung für Bildung und Integration sind alle 69 Bediensteten des Stadtschulamtes, 991 MitarbeiterInnen des Bereichs Kinderbildung und –betreuung des Amtes für Jugend und Familie sowie der 3 MitarbeiterInnen des Integrationsreferats der Magistratsdirektion aufzunehmen.

Die Betriebsvereinbarung GZ: A1-1787/2003-1, welche vom Gemeinderat im Zusammenhang mit dem Verwaltungsreformprojekt 2000+ am 18.09.2003 beschlossen wurde, wird sinngemäß angewandt.

Die Abteilung soll „Abteilung für Bildung und Integration“ heißen und die Kurzbezeichnung ABI erhalten.

Zur näheren Information wird diesem Bericht die Maßnahmen-Checkliste des Umsetzungsprojektes beigelegt.

Unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat werden die erforderlichen Änderungen der Geschäftseinteilung beim Bürgermeister beantragt werden.

Der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte stellt daher gemäß § 45 Abs 2 Z 2 Statut der Landeshauptstadt Graz den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Das Stadtschulamt, der Bereich Kinderbildung und –betreuung des Amtes für Jugend und Familie und das Integrationsreferat der Magistratsdirektion werden mit Wirkung 1.Juni 2013 zu einer Abteilung mit der Bezeichnung „Abteilung für Bildung und Integration“ zusammengeführt.
2. Die Betriebsvereinbarung GZ: A1-1787/2003-1, welche vom Gemeinderat im Zusammenhang mit dem Verwaltungsreformprojekt 2000+ am 18.09.2003 beschlossen wurde, wird sinngemäß angewandt.
3. Das Personalamt wird mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplanes beauftragt.

Die Bearbeiterin:
Mag. Evelyn Fasch

Die Abteilungsvorständin:
Dr. Ursula Hammerl

Die Projektleiterin:
Mag. Silke Kokalj

Der Stadtrat:
Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Magistratsdirektor:
Mag. Martin Haidvogel

Der Bürgermeister:
Mag. Siegfried Nagl

Beilage/n: Projektauftrag, Maßnahmen-Checkliste

Vorberaten und einstimmig/mehrheitlich/mit Stimmen angenommen/abgelehnt/
unterbrochen in der Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming,
Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte

Der/die Schriftführerin:

Der/die Vorsitzende:

Abänderungs-/Zusatzantrag:

Der Antrag wurde in der heutigen		<input type="checkbox"/>	öffentlichen	<input type="checkbox"/>	nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/>	bei Anwesenheit von GemeinderätInnen				
<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich (mit Stimmen / Gegenstimmen) angenommen.		
<input type="checkbox"/>	Beschlussdetails siehe Beiblatt				
Graz, am				Der/die Schriftführerin:	

Der Dienststellenausschuss/Zentralausschuss hat gemäß § 10 / § 14 Personalvertretungsgesetz am..... seine Zustimmung erteilt / beratend mitgewirkt.